

Haushaltsrede 2025 - bezüglich des Doppelhaushaltes 2025/26

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages, der Verwaltung, der Presse und
Gäste des heutigen Kreistages!

Bedauerlicherweise muss ich schon wieder Bezug auf die vielfachen Krisen in
Deutschland, Europa, der Welt und vor alledem die Krisen hier vor Ort nehmen.
Die Krisen in der Welt, Europa und auch der Bundesrepublik werden
hinreichend in allen Medien beleuchtet, erläutert, besprochen, widersprochen
etc.

Aber welche Auswirkungen hat das für uns hier im Kreis und in den
Kommunen? Die letzte Regierung scheiterte an 15 Milliarden EURO, weil für die
FDP eine Auflösung der Schuldenbremse undenkbar war. Aktuell sprechen die
neugewählte Schuko (Schulden-Koalition) von 500 Milliarden + mindestens 400
Milliarden für die Bundeswehr.

Aber ... wo bleiben die Kreise und Kommunen?

Schaut man sich den Haushalt 2025/26 des Kreises an, so ist unschwer
festzustellen, wo die größten Haushaltsposten sind:

- im Zuschussbedarf des ÖPNV
- in den Kosten der Unterkunft nach SGB II
- in den Sozialaufwendungen im SGB IX/XII
- sowie in der Jugendhilfe im SGB VIII

All diese Ausgaben sind keine freiwilligen Ausgaben, sondern Pflichtausgaben,
auf die unsere Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch haben.

Gemeinsam mit der Verwaltung haben wir in den politischen Gremien
geschaut, wo es Einsparungsmöglichkeiten gibt, und es wurden einige
gefunden. Für die Kosten nach den Sozialgesetzbüchern gibt es aber keine
Möglichkeiten Kosten einzusparen, sondern es besteht die Gefahr, dass die
Bedarfe und auch die Kosten weiter ansteigen. Genannt seien

- höhere Personalkosten
- steigende Fallzahlen etc.

Seit ca. 20 Jahren bin ich politisch aktiv und viele von Ihnen sind dies noch viel länger, aber seit diesen 20 Jahren ist die Problematik der kommunalpolitischen Möglichkeiten unverändert. Der Bund beschließt und verändert die Gesetze in der Sozialgesetzgebung. Die Kommunen und Kreise sind verpflichtet diese Gesetze umzusetzen. Was der Bund aber seit Jahren nicht tut, ist, den Kommunen die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch das Land NRW, das für die finanzielle Ausstattung zuständig ist, lässt die Kommunen und Kreise mit Ihren Finanzierungsproblemen allein.

Stichwort:

- Unterfinanzierung der Krankenhäuser
- Unterfinanzierung der Kitas
- desolate Schulbauten
- schlechter ÖPNV
- schlechte Straßen und Radwege

Außer uns *Die Linke* und den Freien Wählern sind alle hier vertretenen Parteien im Landtag NRW vertreten, und waren, und sind im Bund vertreten. Ich frage sie deshalb, warum sind Sie nicht in der Lage, die Probleme, die wir vor Ort haben, deutlicher zu den entscheidenden Gremien zu kommunizieren und Lösungen zu finden?

Schon bei meiner letzten Haushaltrede hatten wir *Die Linke* den Landrat und alle politischen Parteien im Kreis und in den Kommunen aufgefordert, gemeinsam an einer besseren Finanzierung der Kommunen zu arbeiten. Leider können wir *Die Linke* keine Veränderungen erkennen.

Dem vorgelegten Haushalt für 2025/26 können wir *Die Linke* nicht zustimmen, weil er zu viele Risiken birgt. Am Dienstag wurde das 500 Milliarden Sondervermögen für die Infrastruktur und die zusätzlichen Gelder für die Bundeswehr beschlossen. Von diesen Geldern sollen auch Gelder für Bildung bereitgestellt werden. Die Länder sollen zusätzlich Schulden bzw. Sondervermögen bilden können. Aber wir von der Kreistagsgruppe *Die Linke* bezweifeln, dass es eine Zeitnahe Änderung zur finanziellen Lage der Kommunen und Kreise kommt.

Obwohl wir wissen, dass sich ihre Parteien durch Brandbriefe an das Land gewandt haben, um die Situationen der Kommunen und Kreise zu verbessern, gehen wir noch einen Schritt weiter und fordere Sie alle auf, diesen Haushalt abzulehnen, um damit ein Zeichen zu setzen gegen die Unterfinanzierung der Kreise und Kommunen und für die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede 2025 - bezüglich des Doppelhaushaltes 2025/26

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages, der Verwaltung, der Presse und
Gäste des heutigen Kreistages!

Bedauerlicherweise muss ich schon wieder Bezug auf die vielfachen Krisen in
Deutschland, Europa, der Welt und vor alledem die Krisen hier vor Ort nehmen.
Die Krisen in der Welt, Europa und auch der Bundesrepublik werden
hinreichend in allen Medien beleuchtet, erläutert, besprochen, widersprochen
etc.

Aber welche Auswirkungen hat das für uns hier im Kreis und in den
Kommunen? Die letzte Regierung scheiterte an 15 Milliarden EURO, weil für die
FDP eine Auflösung der Schuldenbremse undenkbar war. Aktuell sprechen die
neugewählte Schuko (Schulden-Koalition) von 500 Milliarden + mindestens 400
Milliarden für die Bundeswehr.

Aber ... wo bleiben die Kreise und Kommunen?

Schaut man sich den Haushalt 2025/26 des Kreises an, so ist unschwer
festzustellen, wo die größten Haushaltsposten sind:

- im Zuschussbedarf des ÖPNV
- in den Kosten der Unterkunft nach SGB II
- in den Sozialaufwendungen im SGB IX/XII
- sowie in der Jugendhilfe im SGB VIII

All diese Ausgaben sind keine freiwilligen Ausgaben, sondern Pflichtausgaben,
auf die unsere Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch haben.

Gemeinsam mit der Verwaltung haben wir in den politischen Gremien
geschaut, wo es Einsparungsmöglichkeiten gibt, und es wurden einige
gefunden. Für die Kosten nach den Sozialgesetzbüchern gibt es aber keine
Möglichkeiten Kosten einzusparen, sondern es besteht die Gefahr, dass die
Bedarfe und auch die Kosten weiter ansteigen. Genannt seien

- höhere Personalkosten
- steigende Fallzahlen etc.

Seit ca. 20 Jahren bin ich politisch aktiv und viele von Ihnen sind dies noch viel länger, aber seit diesen 20 Jahren ist die Problematik der kommunalpolitischen Möglichkeiten unverändert. Der Bund beschließt und verändert die Gesetze in der Sozialgesetzgebung. Die Kommunen und Kreise sind verpflichtet diese Gesetze umzusetzen. Was der Bund aber seit Jahren nicht tut, ist, den Kommunen die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch das Land NRW, das für die finanzielle Ausstattung zuständig ist, lässt die Kommunen und Kreise mit Ihren Finanzierungsproblemen allein.

Stichwort:

- Unterfinanzierung der Krankenhäuser
- Unterfinanzierung der Kitas
- desolate Schulbauten
- schlechter ÖPNV
- schlechte Straßen und Radwege

Außer uns *Die Linke* und den Freien Wählern sind alle hier vertretenen Parteien im Landtag NRW vertreten, und waren, und sind im Bund vertreten. Ich frage sie deshalb, warum sind Sie nicht in der Lage, die Probleme, die wir vor Ort haben, deutlicher zu den entscheidenden Gremien zu kommunizieren und Lösungen zu finden?

Schon bei meiner letzten Haushaltrede hatten wir *Die Linke* den Landrat und alle politischen Parteien im Kreis und in den Kommunen aufgefordert, gemeinsam an einer besseren Finanzierung der Kommunen zu arbeiten. Leider können wir *Die Linke* keine Veränderungen erkennen.

Dem vorgelegten Haushalt für 2025/26 können wir *Die Linke* nicht zustimmen, weil er zu viele Risiken birgt. Am Dienstag wurde das 500 Milliarden Sondervermögen für die Infrastruktur und die zusätzlichen Gelder für die Bundeswehr beschlossen. Von diesen Geldern sollen auch Gelder für Bildung bereitgestellt werden. Die Länder sollen zusätzlich Schulden bzw. Sondervermögen bilden können. Aber wir von der Kreistagsgruppe *Die Linke* bezweifeln, dass es eine Zeitnahe Änderung zur finanziellen Lage der Kommunen und Kreise kommt.

Obwohl wir wissen, dass sich ihre Parteien durch Brandbriefe an das Land gewandt haben, um die Situationen der Kommunen und Kreise zu verbessern, gehen wir noch einen Schritt weiter und fordere Sie alle auf, diesen Haushalt abzulehnen, um damit ein Zeichen zu setzen gegen die Unterfinanzierung der Kreise und Kommunen und für die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede 2025 - bezüglich des Doppelhaushaltes 2025/26

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages, der Verwaltung, der Presse und
Gäste des heutigen Kreistages!

Bedauerlicherweise muss ich schon wieder Bezug auf die vielfachen Krisen in
Deutschland, Europa, der Welt und vor alledem die Krisen hier vor Ort nehmen.
Die Krisen in der Welt, Europa und auch der Bundesrepublik werden
hinreichend in allen Medien beleuchtet, erläutert, besprochen, widersprochen
etc.

Aber welche Auswirkungen hat das für uns hier im Kreis und in den
Kommunen? Die letzte Regierung scheiterte an 15 Milliarden EURO, weil für die
FDP eine Auflösung der Schuldenbremse undenkbar war. Aktuell sprechen die
neugewählte Schuko (Schulden-Koalition) von 500 Milliarden + mindestens 400
Milliarden für die Bundeswehr.

Aber ... wo bleiben die Kreise und Kommunen?

Schaut man sich den Haushalt 2025/26 des Kreises an, so ist unschwer
festzustellen, wo die größten Haushaltsposten sind:

- im Zuschussbedarf des ÖPNV
- in den Kosten der Unterkunft nach SGB II
- in den Sozialaufwendungen im SGB IX/XII
- sowie in der Jugendhilfe im SGB VIII

All diese Ausgaben sind keine freiwilligen Ausgaben, sondern Pflichtausgaben,
auf die unsere Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch haben.

Gemeinsam mit der Verwaltung haben wir in den politischen Gremien
geschaut, wo es Einsparungsmöglichkeiten gibt, und es wurden einige
gefunden. Für die Kosten nach den Sozialgesetzbüchern gibt es aber keine
Möglichkeiten Kosten einzusparen, sondern es besteht die Gefahr, dass die
Bedarfe und auch die Kosten weiter ansteigen. Genannt seien

- höhere Personalkosten
- steigende Fallzahlen etc.

Seit ca. 20 Jahren bin ich politisch aktiv und viele von Ihnen sind dies noch viel länger, aber seit diesen 20 Jahren ist die Problematik der kommunalpolitischen Möglichkeiten unverändert. Der Bund beschließt und verändert die Gesetze in der Sozialgesetzgebung. Die Kommunen und Kreise sind verpflichtet diese Gesetze umzusetzen. Was der Bund aber seit Jahren nicht tut, ist, den Kommunen die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch das Land NRW, das für die finanzielle Ausstattung zuständig ist, lässt die Kommunen und Kreise mit Ihren Finanzierungsproblemen allein.

Stichwort:

- Unterfinanzierung der Krankenhäuser
- Unterfinanzierung der Kitas
- desolate Schulbauten
- schlechter ÖPNV
- schlechte Straßen und Radwege

Außer uns *Die Linke* und den Freien Wählern sind alle hier vertretenen Parteien im Landtag NRW vertreten, und waren, und sind im Bund vertreten. Ich frage sie deshalb, warum sind Sie nicht in der Lage, die Probleme, die wir vor Ort haben, deutlicher zu den entscheidenden Gremien zu kommunizieren und Lösungen zu finden?

Schon bei meiner letzten Haushaltrede hatten wir *Die Linke* den Landrat und alle politischen Parteien im Kreis und in den Kommunen aufgefordert, gemeinsam an einer besseren Finanzierung der Kommunen zu arbeiten. Leider können wir *Die Linke* keine Veränderungen erkennen.

Dem vorgelegten Haushalt für 2025/26 können wir *Die Linke* nicht zustimmen, weil er zu viele Risiken birgt. Am Dienstag wurde das 500 Milliarden Sondervermögen für die Infrastruktur und die zusätzlichen Gelder für die Bundeswehr beschlossen. Von diesen Geldern sollen auch Gelder für Bildung bereitgestellt werden. Die Länder sollen zusätzlich Schulden bzw. Sondervermögen bilden können. Aber wir von der Kreistagsgruppe *Die Linke* bezweifeln, dass es eine Zeitnahe Änderung zur finanziellen Lage der Kommunen und Kreise kommt.

Obwohl wir wissen, dass sich ihre Parteien durch Brandbriefe an das Land gewandt haben, um die Situationen der Kommunen und Kreise zu verbessern, gehen wir noch einen Schritt weiter und fordere Sie alle auf, diesen Haushalt abzulehnen, um damit ein Zeichen zu setzen gegen die Unterfinanzierung der Kreise und Kommunen und für die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!